

Resolution

*anlässlich der Generalversammlung
am 16. Nov. 2013 zum Thema:*



„Gute Arbeit für ein gutes Leben!“

Die Realität der Arbeitswelt zeigt, dass die für lange Zeit geltende Vorstellung einer Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit heute ihre Gültigkeit immer mehr verliert! Wir erleben eine bedenkliche Zunahme von Teilzeit-, Leiharbeits- und prekären Arbeitsverhältnissen, besonders stark betrifft dies Frauen. Damit verbunden sind enormer Leistungsdruck, Überforderung und niedriger Verdienst. Für viele ist damit eine private Lebensplanung nur sehr schwer oder überhaupt nicht mehr möglich.

In der Folge bleibt vielen Menschen eine positive Erfahrung von Arbeit – eben „gute Arbeit“ – verwehrt.

Deshalb fordert die Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung
„Gute Arbeit für ein gutes Leben“ für alle Menschen!

Das heißt aus unserer Sicht:

Gute Arbeit

- Garantiert die Würde des Menschen, fördert durch Information und Einbindung Mitverantwortung
- Sorgt für gerechtes Einkommen, besonders für Frauen bei gleicher Tätigkeit wie Männer.
- Trägt Verantwortung für die Umwelt durch sorgsamen Umgang mit der Natur.
- Wird erlebt, wenn sie gerecht verteilt wird und dies für alle Menschen - unabhängig von ihren Fähigkeiten – gilt.

Überfällig ist eine Weiterentwicklung unserer heutigen Erwerbsarbeitsgesellschaft zu einer „Tätigkeitsgesellschaft“, in der die bisher unbezahlte Arbeit im familiären und häuslichen Bereich, sowie die soziale Arbeit in der Gesellschaft der traditionellen Lohnarbeit, in Verbindung mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, (siehe: www.grundeinkommen.at) wertmäßig gleichgestellt wird.

Dass der dafür notwendige Umdenkprozess immer mehr erkannt und eingeleitet wird, ist eines unserer großen Anliegen. Dieses Bemühen erfolgt gemeinsam mit vielen anderen NGO´s, die in der Plattform www.wege-aus-der-krise.at zusammenarbeiten. Übrigens wird von dieser Plattform seit Jahren auch ein zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget erstellt und vorgelegt.

Die viel zitierte und immer wieder geforderte finanzielle Entlastung der Arbeit wird auch von uns gefordert. Sie darf aber nicht zu Lasten der Arbeitnehmer - Einkommen gehen! Mögliche Alternativen werden und wurden seit Jahrzehnten ausreichend vorgeschlagen und vorgerechnet, wie Ökosteuern, Wertschöpfungsabgabe

oder Energiesteuern, die jeweils auch als Ersatz für die Arbeitgeberanteile der Sozialversicherungen herangezogen werden könnten.

Vor allem geht es uns um eine Steuerreform, die eine gerechtere Einkommens- und Belastungsverteilung ergibt, denn mit „Steuern muss man steuern!“ Die Entscheidungsträger der Politik sind aufgerufen Maßnahmen zu ergreifen, die dem Gemeinwohl und einer Verteilungsgerechtigkeit mehr entsprechen als dies heute der Fall ist wenn Einkommen von Kapital und Vermögen nur 1,7 % des Gesamtsteueraufkommens leisten.

Die in den letzten Tagen aufgetauchten Budgetlöcher für die nächsten Jahre sind für uns Anlass großen Entsetzens über die Unglaubwürdigkeit von politischen Aussagen und größter Sorge über die zu erwartenden Belastungen.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, die Sanierung dieser von ihnen mitverschuldeten, ignorierten und verschwiegenen Schulden nicht durch Erhöhung von Verbrauchssteuern oder gar durch Einsparungen bei Pensionen durchzuführen! Dass bei den Pensionen das Antrittsalter angepasst werden muss, ist einzusehen und auch sinnvoll, gleichzeitig müssen dann aber auch die entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, bzw. attraktive Gleitzeit-Lösungen geschaffen werden.

Der derzeitige Zustand unserer Politik ist in vielen Bereichen gekennzeichnet von Korruptionsverdacht, Unfähigkeit bei Problemlösungen wegen ideologischer Scheuklappen und proporzmäßigem Denken.

Wenn in Zukunft noch eine mehrheitsfähige Anzahl von Bürgern zur Wahl gehen soll, werden eine „neue Politik“, „neues Denken“ und Lösungen bei den anstehenden Problemen unerlässlich sein.

Für die KAB Tirol:

Bruno Holzhammer, Öffentlichkeitsarbeit.